

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 6

Artikel: Altkommunisten vorläufige Gewinner : zum Machtkampf in Weissrussland
Autor: Vesper, Reinhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092858>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum Machtkampf in Weissrussland

Altkommunisten vorläufige Gewinner

In Weissrussland wird eine seit Monaten schwelende politische Krise immer deutlicher zu einem offenen Machtkampf zwischen der der alten kommunistischen Nomenklatura entstammenden Machtelite einerseits und der national orientierten Weissrussischen Volksfront, verschiedenen kleinen Oppositionsgruppen sowie unabhängigen Gewerkschaften andererseits. Dabei geht es in den Augen der Opposition nicht nur um die Frage, wer in Minsk an der Macht ist, sondern darum, ob Weissrussland – gerade erst selbständig geworden – ein unabhängiger Staat bleibt. Die Regierung von Vjatscheslaw Kebitsch und das kommunistisch beherrschte Parlament streben eine Wirtschaftsunion und eine enge militärische Zusammenarbeit mit Russland an. Die Opposition sieht darin eine Preisgabe nationaler Interessen und der staatlichen Souveränität Weissrusslands.

Mitte Februar versuchte die Opposition, den Konflikt auf die Strasse zu tragen, indem sie zu einem politischen Streik und Massendemonstrationen aufrief. Die Protestaktionen, bei denen die Absetzung der Regierung Kebitsch, die Bildung einer Koalitionsregierung für eine

Reinhard Vesper

Der Autor dieses Beitrages ist 1968 in Stuttgart geboren und studiert an der Universität Heidelberg Slawistik, Geschichte und Politikwissenschaft. Zurzeit verbringt er einen einjährigen Studienaufenthalt in der litauischen Hauptstadt Vilnius.

Übergangszeit und Parlamentswahlen im März gefordert wurden, nahmen zwar bei weitem nicht das erhoffte Ausmass an, aber ihre Organisatoren gaben sich verhalten optimistisch – sie hoffen, wenigstens die seit den Massenstreiks von 1991 im Lande herrschende politische Apathie überwunden zu haben. Die Proteste sollen regelmässig fortgesetzt werden, bis die Forderungen der Opposition erfüllt sind.

Repression gegen Opposition

Es ist allerdings fraglich, ob es der Volksfront und den unabhängigen Gewerkschaften gelingen wird, weite Kreise

Die Proteste waren eine Reaktion auf die Absetzung des Parlamentspräsidenten Stanislaw Schuschke-witsch durch die kommunistische Mehrheit im Obersten Sowjet.

Lehrer demonstrieren in Minsk vor dem weissrussischen Parlament (Foto: Keystone).

der Bevölkerung zu mobilisieren, da die Massenmedien fest in der Hand der Regierung sind, die zudem im Vorfeld der Streiks und Demonstrationen deutlich machte, dass sie auch vor Repressionen nicht zurückschreckt: In einer Minsker Druckerei wurden 300 000 Flugblätter der Opposition beschlagnahmt, in Grodno wurden Aktivisten beim Verteilen von Flugblättern festgenommen, und vor dem Minsker Traktorenwerk wurden, laut einem Sprecher des Streikkomitees, starke Milizkräfte zusammengezogen, um die Verbreitung von Streikaufrufen zu verhindern. In der Woche zuvor hatte sich die Regierung an den weissrussischen KGB gewandt, um prüfen zu lassen, ob nicht schon der Aufruf zum Streik eine Straftat darstelle.

Die Proteste waren eine Reaktion auf die Ende Januar erfolgte Absetzung des Parlamentspräsidenten Stanislaw Schuschke-witsch durch die kommunistische Mehrheit im Obersten Sowjet und die Wahl des Milizgenerals Metscheslaw Grib an dessen Stelle. Zwar ist auch Schuschke-witsch nicht unbedingt ein Mann der Opposition, aber er stellte, auf Reformen und Eigenständigkeit Weissrusslands bedacht, ein deutliches Gegengewicht zum Altkommunisten Vjatscheslaw Kebitsch dar.

Vorwände zur Absetzung Schuschke-witschs

Der Anlass für den Sturz von Schuschke-witsch, der bereits im vergangenen Jahr vier Misstrauensanträge nur knapp überstanden hatte, war eher zufällig: litauische Sicherheitsorgane hatten Mitte Januar in Minsk mit dem Einverständnis der zuständigen weissrussischen Behörden zwei ehemalige Führer der litauischen KP verhaftet, die in ihrem Heimatland im Zusammenhang mit dem Blutbad vom 13. Januar 1991 vor Gericht gestellt werden sollen. In Minsk löste dieser Vorgang einen Skandal aus, da die weissrussischen Kommunisten an der Rechtmässigkeit der Aktion zweifelten, die sie als «Entführung» bezeichneten.

Das von ihnen beherrschte Parlament debattierte fast zwei Wochen lang hinter verschlossenen Türen über den Fall und setzte am Ende Schuschke-witsch ab.



dem ausser seiner Untätigkeit während der Festnahme der litauischen Kommunisten sein Widerstand gegen die Eingliederung Weissrusslands in das GUS-Sicherheitssystem, Unfähigkeit bei der Leitung der Parlamentsitzungen und eine Korruptionsaffäre vorgeworfen wurden.

Zwischen Nationalisten und Kommunisten

Auf den Posten des Parlamentspräsidenten, der formell der erste Mann im Staate ist, wurde Stanislaw Schuschkewitsch im August 1991 nach dem missglückten Putsch in Moskau gewählt. Im Konflikt mit der alten Nomenklatura und seinem Erzrivalen Vjatscheslaw Kebitsch musste er schon im Mai 1992 eine erste Niederlage einstecken, als diese gegen ihn die Wiederzulassung der Kommunistischen Partei durchsetzten. Fünf Monate später verschlechterten sich auch seine anfänglich guten Beziehungen zur Volksfront, da er gemeinsam mit der Parlamentsmehrheit die von einer halben Million Unterschriften gestützte Forderung der Opposition abschmettete, ein Referendum über vorzeitige Parlamentswahlen

Weissrussland trat der Verteidigungsgemeinschaft der GUS bei, und der Oberste Sowjet ratifizierte eine Vereinbarung über die Vereinigung der Währungssysteme Weissrusslands und Russlands.

Ein Sieg der kommunistischen Nomenklatura könnte ein erster Schritt zur Wiederherstellung des russischen Imperiums sein.

abzuhalten, und die Initiatoren der Unterschriftensammlung beschuldigte, das Land destabilisieren zu wollen.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde Schuschkewitschs Lage immer schwieriger, da er in zwei entscheidenden Fragen Niederlagen hinnehmen musste: Gegen seinen Willen trat Weissrussland der Verteidigungsgemeinschaft der GUS bei, und gegen seinen entschiedenen Widerstand ratifizierte der Oberste Sowjet Weissrusslands eine Vereinbarung über die Vereinigung der Währungssysteme Weissrusslands und Russlands. Die Opposition sieht in diesen beiden Parlamentsbeschlüssen den «Verrat nationaler Interessen» und argwöhnt, sie bedeuteten die Aufgabe des weissrussischen Staates.

Zu diesen beiden Konflikten kam noch ein weiterer hinzu: die Frage, ob in der Verfassung ein parlamentarisches oder ein präsidentielles System festgeschrieben werden soll. Während Schuschkewitsch und die Volksfront die parlamentarische Version befürworteten, sind Kebitsch und Grib der Ansicht, dass nur durch eine straffe, streng vertikal verlaufende Machtstruktur, d. h. ein Präsidialsystem, Ordnung im Land geschaffen werden könne. Nach ihrem Willen soll Weissrussland schon im April einen Präsidenten erhalten. Es ist allerdings noch unklar, ob er direkt vom Volk oder vom Parlament gewählt werden soll.

Restauration des russischen Imperiums . . .

Die Bedeutung des Machtkampfes in Minsk reicht über Weissrussland hinaus. Ein Sieg der kommunistischen Nomenklatura um Kebitsch und Grib würde den direkten Einflussbereich der Russischen Föderation auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion beträchtlich ausweiten und könnte einen ersten Schritt zur Wiederherstellung des russischen Imperiums darstellen. Insbesondere für die Ukraine, die sich ohnehin schon starkem wirtschaftlichem und politischem Druck des grossen Nachbarn im Osten ausgesetzt sieht, würde ein solcher Ausgang die Möglichkeiten für eine weitere eigenständige Entwicklung stark einschränken.

Besorgnis erregen die Vorgänge in Weissrussland auch bei dessen nördlichem Nachbarn Litauen. Zum einen fürchtet man in diesem baltischen Staat den wiedererwachten russischen Imperialismus, zum anderen ist — als Folge unklarer Regelung aus der Sowjetzeit — die Grenzziehung zwischen beiden Staaten an einigen Punkten noch nicht endgültig festgelegt. Hinzu kommt, dass nicht absehbar ist, welche Stellung jene politischen Kräfte in Weissrussland im Verlauf des Machtkampfes einnehmen

werden, die Ansprüche auf die litauische Hauptstadt Vilnius erheben.

. . . und territoriale Ansprüche in Weissrussland

Aggressive Töne dieser Art kommen vor allem von einer obskuren Vereinigung national gesinnter Offiziere, aber auch die Haltung der Volksfront zu dieser Frage ist nicht eindeutig. Ausdrückliche Gebietsansprüche erhebt sie zwar nur gegenüber Russland, das Pskov, Smolensk und Brjansk abgeben soll, aber ihr Führer Zenon Poznjak zählt zu den Gebieten, die Weissrussland infolge der kommunistischen Gewaltherrschaft verloren habe, auch das in Polen liegende Bialysrok und die «historische Hauptstadt» Vilnius.

Den aussenpolitischen Vorstellungen der Volksfront gemäss soll Weissrussland aus der GUS austreten, seine 1990 erklärte Neutralität stark betonen und sich aktiv an der Schaffung einer «Ostsee-Schwarzmeer-Assoziation» beteiligen, der alle Staaten des ehemaligen «Sozialagers» ausser Russland angehören sollen. Im Inneren will die Volksfront, die Poznjak als «Bewegung der nationalen Wiedergeburt» mit christdemokratischen und konservativen Zügen charakterisiert, eine soziale Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild schaffen.

Der Massnahmenkatalog, den der Führer der grössten weissrussischen Oppositionsbewegung für den Fall einer Machtübergreifung der Volksfront nach den Parlamentswahlen in einem Beitrag für die Parlamentszeitung «Narodnaja Gazeta» (15. 1. 1994) aufzählt, wirkt allerdings wenig realistisch: Stopp von Korruption und organisiertem Verbrechen durch härtere Gesetze, Stopp der Inflation durch Einführung einer eigenen Währung, Sicherung der Renten durch Verkauf von Staatseigentum, besondere Unterstützung junger Familien usw.

Es ist fraglich, ob die kämpferisch und kompromisslos auftretende Volksfront, sollte sie eine zukünftige Regierung stellen, den Übergang von Parolen und Forderungen zu pragmatischem Handeln schaffen kann. Sie und die unabhängigen Gewerkschaften sind jedoch die einzigen Kräfte, die in Weissrussland einen Rückfall in alte Zeiten verhindern können, da es allen anderen Parteien und Bewegungen an einer Massenbasis fehlt.

Reinhard Veser

Lettland erwartet Sie

Nach 50 Jahren Fremdherrschaft und Isolierung ist Lettland wieder auf dem Rückweg nach Europa. Riga-Reisen erschliesst ein Land mit unberührter Natur, reicher Kultur und vermittelt nicht alltägliche Einblicke in die Probleme einer Gesellschaft im dramatischen Wandel von Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Achttägige politische Studienreise
«Lettland – Land im Umbruch» Fr. 1490.–
 Acht Tage «Romantisches Lettland» Fr. 1430.–
 Acht Tage «Baltische Hauptstädte» Fr. 1390.–

Verlangen Sie nähere Auskünfte über unsere vielfältigen Angebote.

Riga Reisen

Telefon 063 61 07 70 (auch samstags)